

# Versprochen. Verfehlt. Vertan.

Statt Aufbruch herrscht Stillstand – Personal, Ausstattung und Mitbestimmung bleiben auf der Strecke.

Das Jahresende und die Vorweihnachtszeit bieten sich geradezu an, um das vergangene Jahr kritisch Revue passieren zu lassen. Ich hoffe, dass auch bei mir bald der Effekt einsetzen wird, diese so schlechte Situation für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommerns zur guten alten Zeit zu verklären. Aktuell kann ich es jedenfalls nicht.

Wenn die Landesregierung unter Manuela Schwesig die Polizei hätte wirklich stärken wollen, dann hätte sie 2025 endlich liefern müssen: bei Personal, Ausstattung und echter Mitbestimmung!

Die angestrebte Zahl von knapp 6.200 Polizeibeschäftigten wurde wieder einmal deutlich verfehlt. Die so wichtige Basisarbeit in Revier und Kommissariat kommt nach und nach – auch mangels Personal – zum Erliegen. Wichtige Führungsdienstposten, wie der des Direktors der Fachhochschule, des Polizeipräsidenten Neubrandenburgs oder des Inspektors der Polizei, konnte, sollte oder wollte man nicht schnell nachbesetzen. Äußerungen zu Fehlerkultur, intransparenten Turbobeförderungen oder Demissionierungen von Innenstaatssekretären erspare ich mir hier.

Das neue Vorgangsbearbeitungssystem bleibt seit Jahren angekündigt, die gehackten mPol-Handys sind immer noch nicht ersetzt. Sogar der Bereich der Digitalisierung wurde dem Innenministerium weggenommen. Der Landeshaushalt verurteilt die Landespolizei zum „Tod auf Raten“. Geld für nachhaltige Investitionen oder Innovationen gibt es fast nicht. Selbst das durch den Bund bereitgestellte Sondervermögen wird

augenscheinlich dafür ausgegeben, um im Wahljahr möglichst viele Spatenstiche feiern zu können. Andernorts sinkt dafür der Gebäudeboden ab und Masken müssen zum Gesundheitsschutz getragen werden. Und selbst der vor Jahren durch den Vorpommernstaatssekretär versprochene Sonnenschutz für das Polizeizentrum Anklam – ach, lasst uns besser nicht davon reden.

Vielleicht ging es noch vor vier Jahren einzelnen Koalitionären um echte Verbesserungen. Jetzt scheint es nur noch darum zu gehen, schnell Punkte der Koalitionsvereinbarung abzustreichen. Egal ob beim Landesbeamtengesetz, dem SOG oder dem Personalvertretungsgesetz; die angekündigten Gesetzesänderungen starteten als Tiger und landeten nun als Bettvorleger.

Apropos Interessenvertretungen: Diese scheinen für Einzelne immer mehr zum Störfaktor zu werden. Man mag zu einzelnen Gewerkschaftern oder gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Schwerbehinderten, der Gleichstellung oder des Personalrates stehen, wie man will, ihre Hinweise, Anregungen oder Beschlüsse sind ernst zu nehmen! Wer sie als Menschen darstellt, die ihre Macht missbrauchen, um insbesondere den Fortschritt zu verhindern, sagt damit auch etwas über sein Demokratieverständnis. Vielleicht hätte es Einzelnen geholfen, wenn

man die Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Beschäftigter endlich auch an der Fachhochschule beginnen würde. Aber eine Jugend- und Auszubildendenvertretung für die Polizeianwärter in Güstrow ist übrigens noch immer nicht geplant.

Als mein Fazit möchte ich eine Formulierung unseres Finanzministers sinngemäß verwenden: Vielleicht ist es sogar ganz gut, dass die Landesregierung gar nicht so viel in den letzten Jahren geschafft hat. Weil sie jetzt das Pulver trocken hat, um die ganzen Herausforderungen anzugehen.

In diesem Sinne: Nutzt die Feiertage, um – wann immer möglich – zur Ruhe zu kommen und wertvolle Momente mit euren Liebsten zu verbringen. Lasst uns Kraft und Entschlossenheit tanken, um gemeinsam

im Wahljahr 2026 weiterhin für die innere Sicherheit und die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen einzutreten.

**Euer Christian  
Schumacher**



Foto: GdPMV

**DP – Deutsche Polizei**  
Mecklenburg-Vorpommern

**Geschäftsstelle**  
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin  
Telefon (0385) 208418-10  
Telefax (0385) 208418-11  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Redaktion**  
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)  
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die  
Landesgeschäftsstelle (s. links)



# Kraft tanken, Haltung zeigen, Zukunft machen

**V**ielheit als Kurs, Gemeinschaft als Stärke, Demokratie als Ziel, #wironpoint. Unter diesem Motto fand am 9. und 10. November 2025 die 8. Landesfrauenkonferenz der GdP MV in Salem statt.

Der Kummerower See bot die perfekte Kulisse für eine Konferenz, die für Delegierte, Kommissionsmitglieder und Gäste einen Ort der Solidarität und der gegenseitigen Stärkung schuf. In eine Atmosphäre voller Dankbarkeit und Aufbruchstimmung, in der die Arbeit und das Engagement eines herausragenden Geschäftsführenden Landesfrauenvorstands gewürdigt wurde und ein neues Team Kraft getankt und die Ärmel hochgekrempelt hat für die Umsetzung der umfangreichen, vielfältigen und mutigen Anträge aus den Kreisgruppen in den kommenden vier Jahren. Mehr zu den Plänen des neuen Geschäftsführenden Landesfrauenvorstands lest ihr im Interview mit der Landesfrauenvorsitzenden Anne Radon auf Seite 3.

Aus aktuellem Anlass verabschiedete die Landesfrauenkonferenz auch eine Resolution für den Erhalt und die Förderung der politischen Bildung an Schulen und Hochschulen in MV und gegen den Missbrauch des Neutralitätsgebots in Bezug auf Bildung und den Polizeidienst. Die Frauengruppe der GdP MV stellt sich damit schwesterlich an die Seite der Kolleginnen der GEW. Den gesamten Text der Resolution findet ihr hier:



Besonderes Highlight und krönender Abschluss der Konferenz war ein World Café in dem die Teilnehmenden in einem angeregten Austausch mit Wenke Brüdgam (Landesbeauftragte für Gleichstellung und Frauen) und Lutz Müller (Mitglied des HPR der Landespolizei und Direktor des Landeswasserschutzpolizeiamtes) Impulse für gewerkschaftliche Frauenarbeit setzten.

Du willst dabei mitreden und mit uns etwas bewegen? Dann werde jetzt aktiv in der Frauengruppe. Sprich uns an, schreibe eine E-Mail an [frauengruppe-mv@gdp.de](mailto:frauengruppe-mv@gdp.de) oder kontaktiere uns bei Instagram (@gdp\_mv\_frauengruppe). ■



Foto: GdP MV

## Die 8. LFK hat folgende Resolution verabschiedet:

Pro politische Bildung, pro Demokratie, gegen restriktive, die Demokratie nutzende antidemokratische und menschenfeindliche Strömungen und Tendenzen.

Die Frauengruppe der GdP MV spricht sich aus aktuellem Anlass für eine demokratie-basierte, politische Bildung an Schulen und Hochschulen, insbesondere an der FHöVPR MV, aus. Bildung zur Entwicklung demokratischen Bewusstseins und Handelns ist entscheidend für Partizipation und Teilhabe sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung unserer Demokratie.

Den Äußerungen des Landesvorsitzenden der AfD gegen die Vermittlung der Werte unseres Grundgesetzes an Bildungseinrichtungen stellen wir uns konsequent entgegen.

Wir stellen uns auch gegen einen Missbrauch des Neutralitätsgebotes in der Ausübung des Bildungsauftrages und des Polizeidienstes.

Das Neutralitätsgebot bedeutet, für unseren geleisteten Eid aktiv einzustehen und verantwortungsvoll für die Werte unseres Grundgesetzes einzutreten.

Wir stellen uns schwesterlich an die Seite der Kolleg:innen der GEW MV und fordern die Stärkung der politischen Bildungsarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende zu –  
geprägt von großem Engagement, Belastung und  
zugleich von Zusammenhalt und Solidarität.  
Dafür möchten wir euch herzlich danken.

Gerade in Zeiten, in denen der Dienst viel abverlangt,  
zeigt sich, was unsere Gemeinschaft ausmacht:  
gegenseitige Unterstützung, Verlässlichkeit und das  
Bewusstsein, füreinander einzustehen.

Wir wünschen euch und euren Familien eine  
besinnliche Weihnachtszeit, ruhige Stunden im Kreis  
eurer Liebsten und einen guten Start in ein gesundes,  
glückliches und erfolgreiches Jahr 2026.

Bleibt achtsam, bleibt solidarisch – und vor allem:  
bleibt gesund.

Mit herzlichen Grüßen  
Eure Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern



**Gewerkschaft  
der Polizei**  
Mecklenburg-Vorpommern

Quelle: GdP MV



# Wir müssen Frauen den Weg frei machen – nicht schwerer

Mit Leidenschaft, klaren Zielen und einem offenen Blick auf die Realität: Anne Radon ist die neue Landesfrauenvorsitzende der GdP Mecklenburg-Vorpommern. Im Interview spricht sie über Gleichstellung, Sexismus im Polizeialltag, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und warum Frauenförderung kein Nischenthema, sondern ein Gewinn für alle ist.



Foto: GdP MV

**Liebe Anne, du bist jetzt die neue Landesfrauenvorsitzende der GdP MV. Herzlichen Glückwunsch nun auch von der Landesredaktion. Was hat dich dazu bewegt, dieses Amt zu übernehmen – und was willst du als Erstes anpacken?**

**Anne Radon:** Ich bin schon meine gesamte Dienstzeit als Beamtin in der Polizeiverwaltung tätig und Teil unserer Blaulicht-Familie. Dabei war es schon immer mein Antrieb, für die Kolleginnen und Kollegen unserer Landespolizei etwas zum Besseren zu bewegen. Als Gleichstellungsbeauftragte im Landeswasserschutzpolizeiamt habe ich begonnen, mit der Frauengruppe der GdP MV an gemeinsamen Themen zu arbeiten, und das Engagement der Gewerkschaftsfrauen hat mich vor einigen Jahren inspiriert und motiviert, selbst gewerkschaftlich aktiv zu werden und nun ein Amt mit Verantwortung zu übernehmen.

Die Landesfrauenkonferenz hat unseren Geschäftsführenden Landesfrauenvorstand mit einem Paket von Aufträgen und Anträgen in unsere Amtszeit entlassen. Es wird auch um die Einrichtung eines Mentoringprogramms für junge weibliche Führungskräfte, die Verbesserung des Zugangs zu Fortbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, die Stärkung von Dienststellen in strukturschwächeren Regionen unseres Landes und die Enttabuisierung von Menstruation und Menopause gehen. Das Thema, das mir jedoch besonders am Herzen liegt, ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Thema, das schon längst nicht mehr nur

die Frauen betrifft, aber immer noch Kernkompetenz der Frauengruppe ist.

**Viele Kolleginnen jonglieren zwischen Schichtdienst, Familie und Karriere. Was muss sich ändern, damit die Polizei als Arbeitgeberin wirklich familienfreundlich wird?**

**Anne Radon:** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Schlüssel zu Zufriedenheit, Motivation, Gesunderhaltung, Attraktivität als Dienstherr bzw. Arbeitgeber usw. Ihre Bedeutung ist unausgesprochener Konsens und sie ist fest in unserem gemeinsamen Wertegerüst verankert. Sowohl Beamten- als auch Tarifrrecht bieten uns bereits jetzt einen bunten Blumenstrauß an Instrumenten zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Doch diese Instrumente unter den ganz besonderen Gegebenheiten des Polizeidienstes zu nutzen, dabei die Erfüllung des polizeilichen Auftrags sicherzustellen, gelingt bisher nicht. Die Instrumente zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einer modernen Polizei müssen so vielfältig und flexibel sein wie unsere Kolleginnen und Kollegen, ihre privaten Umstände und die dienstlichen Herausforderungen, denen wir täglich begegnen, es sind.

Ziel der nächsten vier Jahre muss es sein, in einer Rahmendienstvereinbarung zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Landespolizei MV die vorhandenen rechtlichen Gegebenheiten auf die Landespolizei runterzubringen, sie zu ergänzen

und ggf. zu konkretisieren. Dabei muss die Rahmendienstvereinbarung Verwaltungs-handeln vereinheitlichen und zugleich Spielraum für Einzelfallentscheidungen lassen.

**Wie erlebst du die Gleichstellung von Frauen und Männern aktuell im Polizeidienst oder in der Polizeiverwaltung – und wo drückt deiner Meinung nach der Schuh am meisten?**

**Anne Radon:** In Sachen Gleichstellung sind wir in den letzten Jahrzehnten dank vieler engagierter Kolleginnen und progressiver Kollegen weit gekommen, aber wir sind noch längst nicht da, wo wir hinwollen. Immer noch gehört Sexismus für viele Kolleginnen zum dienstlichen Alltag. Gerade für junge Kolleginnen sind solche Erlebnisse leider immer noch oft Teil des „Praxischocks“ bei den ersten Schritten im Revier. Die Hoffnung, dass diese Probleme sich mit einem Generationenwechsel „herauswachsen“, schwindet aktuell, da wir in der gesamten Gesellschaft einen „Rollback“ erleben, d. h., Geschlechterklischees und konservative Weltanschauungen erleben ein „Comeback“. Der Anteil junger Frauen bei den Einstellungen ist rückläufig und – auch wenn es anderslautende Gerüchte gibt – es schaffen im Vergleich zu den Einstellungen immer noch zu wenige Frauen in Führungspositionen. Der Blick der Dienststellenleitungen sowohl für Prävention und Ahndung von Sexismus als auch für die Gewinnung und Förderung weiblicher Führungskräfte muss





weiter geschärft werden – denn wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten!

### **Noch immer ist der Anteil von Frauen in Führungsfunktionen bei der Polizei MV überschaubar. Woran liegt das – und was braucht es, damit sich das ändert?**

**Anne Radon:** Polizei war lange durch und durch männlich geprägt – das zeigt sich bis heute in Struktur und Kultur der Organisation. Tief verwurzelte Stereotype und strukturelle Benachteiligungen hindern Frauen daran, in Führungspositionen aufzusteigen, obwohl sie die notwendigen Qualifikationen besitzen. Eine junge Kommissarin wird mit einer deutlich geringeren Wahrscheinlichkeit das Endamt ihrer Laufbahn erreichen oder einen Aufstieg in den „höheren Dienst“ absolvieren als ihr Kollege aus dem gleichen Einstellungsjahrgang. Die Barriere ist kaum zu erkennen, aber ihre Wirkung real. Deshalb sprechen wir von der gläsernen Decke. Und leider ist der Frauenanteil bei den Einstellungen rückläufig. Wir müssen besser darin werden, junge Frauen für den Polizeiberuf und unsere Landespolizei zu begeistern.

Durch eine Zielvereinbarung hat sich das Ministerium für Inneres und Bau mit der Gleichstellungsbeauftragten bereits auf einen anzustrebenden Anteil von Frauen in Führungspositionen geeinigt. Es fehlt jedoch an einem Praxisleitfaden oder einem Leitbild für die Umsetzung der Zielvorgaben.

### **Was genau kann in den personalführenden Dienststellen konkret für Frauenförderung getan werden?**

**Anne Radon:** Netzwerktreffen, Coachings und Mentoringprogramme empowern unsere Kolleginnen. Verfahren zur Personal- und Beförderungsauswahl sollten transparent und auf objektiven Kriterien basierend durchgeführt werden. Es braucht eine menschenzentrierte Organisationskultur, in der Sexismus und jede andere Form von Diskriminierung nicht toleriert werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss weiter verbessert werden. Männer können bei der Umsetzung dieser Punkte eine Schlüsselrolle einnehmen, indem sie sich für eine gleichstellungsorientierte Kultur einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Die Zeit des Wandels und des Aufbruchs, in der sich die Landespolizei MV aktuell befindet, müssen wir nutzen, um die beschriebenen Entwicklungen umzusetzen, die am Ende in großen Teilen allen Beschäftigten zugutekommen werden!

### **Wie willst du als Landesfrauenvorsitzende die GdP-Frauenarbeit sichtbarer machen – auch über die Gewerkschaft hinaus?**

**Anne Radon:** In den letzten Jahren hat der Landesfrauenvorstand sehr erfolgreich ein politisches und gewerkschaftliches Netzwerk in unserer Landeshauptstadt Schwerin aufgebaut. Unsere Stimmen sind stark

und unsere Initiativen klar geworden. Dieses Netzwerk gilt es jetzt in allen Regionen, politischen Ebenen und in der Zivilgesellschaft auszubauen. Die Themen der Frauengruppe haben oft die Besonderheit, dass sie Frauen weit über die Polizei hinaus verbinden. Ich denke, gerade was den Schulterschluss mit unseren Schwestergewerkschaften innerhalb des DGB angeht, kann man(n) sich noch einiges von uns abschauen!

Unsere klare Priorität wird auch die Arbeit in und mit den Kreisgruppen sein. Mein Ziel ist es, jede Kollegin über unsere Arbeit auf dem Laufenden zu halten, jeder Frau in der Landespolizei Gehör zu schenken und Sprachrohr zu sein. Über die Frauenbeauftragten und den GLFV möchte ich einen offenen und lebendigen Austausch ermöglichen. Dazu werden wir uns auch mit einem eigenen Auftritt bei Instagram sehen lassen:



@gdp\_mv\_frauengruppe. Folgt uns gerne – scanne den QR-Code!

**Vielen Dank für das Interview. ■**

# **Respekt kann man nicht beschwören – man muss ihn sich verdienen**

Zur heutigen Landtagsdebatte (Anm. der Redaktion: 10. Oktober 2025) und den Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Julian Barlen erklärt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern, Christian Schumacher: „Wenn Herr Barlen von Respekt, Aufklärung und Verantwortung spricht, dann klingt das gut – aber Papier ist geduldig. Was wir in den letzten Wochen erlebt haben, war kein Zeichen von Respekt gegenüber der Polizei, sondern ein politisches Schauspiel auf dem Rücken der Kol-

leginnen und Kollegen, die tagtäglich ihren Dienst leisten.“

Schumacher macht deutlich: „Viele Beschäftigte sind enttäuscht. Sie erleben Widersprüche, Intransparenz und politische Schutzbehauptungen statt klarer Antworten. Vertrauen in Führung und Verfahren entsteht nicht durch wohlklingende Erklärungen im Landtag, sondern durch ehrliche Aufarbeitung und glaubwürdiges Handeln.“

Mit Blick auf die umstrittene Beförderung im Landesamt für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katas-

trophenschutz (LPBK) fordert die GdP eine vollständige, unabhängige und lückenlose Aufklärung: „Wer in dieser sensiblen Behörde Führungsverantwortung trägt, muss über jeden Zweifel erhaben sein. Wenn politische Rückendeckung wichtiger ist als sauberes Verwaltungshandeln, dann wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen“, so Christian Schumacher.

Zur Verteidigungslinie des Innenministeriums sagt er weiter: „Transparenz heißt nicht, Fehler zu relativieren oder Kritik kleinzureden. Transparenz heißt, Verant-



wortung zu übernehmen. Das ständige Abwiegen unter dem Deckmantel von ‚Aufklärung statt Skandalisierung‘ wirkt wie eine Schutzbehauptung – und genau das beschädigt das Vertrauen in die politische und behördliche Führungsebene.“

Als GdP stellen wir klar: „Wir stehen weder auf der Seite der SPD noch der CDU – wir stehen auf der Seite der Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit unter oft schwie-

rigen Bedingungen machen und dafür Ehrlichkeit von oben erwarten. Wer sich vor Kameras an die Seite der Polizei stellt, sollte das auch in der Praxis beweisen: mit klaren Verfahren, glaubwürdiger Kommunikation und Rückgrat, wenn’s ungemütlich wird.“

Abschließend fordern wir:

- eine neutrale Untersuchung der Beförderungsvorgänge im LPBK,

- klare Standards für Führungsentscheidungen und
- Respekt gegenüber kritischen Stimmen aus den eigenen Reihen, statt sie politisch zu instrumentalisieren.

„Respekt kann man nicht verordnen, man muss ihn sich verdienen – und dafür ist jetzt der richtige Zeitpunkt“, so Christian Schumacher abschließend. ■

## „Mit Spielzeugdrohnenabwehr kommen wir nicht weit“

GdP MV fordert ernsthafte Strategie gegen Bedrohungen aus der Luft

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern warnt (Anm. der Redaktion: 16. Oktober 2025) vor gefährlicher Selbsttäuschung in der Frage der Drohnenabwehr. Trotz wachsender Bedrohungslage fehle es an einer echten Strategie, ausreichenden Ressourcen und klaren Zuständigkeiten.

„Wir brauchen keine weiteren Lippenbekennnisse auf Innenministerkonferenzen – wir brauchen endlich Umsetzung! Drohnenkompetenzzentrum klingt nach Hightech und Forschungslabor – in Wahrheit sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur eine Handvoll engagierter Kolleginnen und Kollegen, die das Thema nebenbei stemmen. Das ist kein Konzept, das ist Improvisation“, so der Landesvorsitzende der GdP, Christian Schumacher.

Derzeit verfüge die Landespolizei lediglich über eine Grundausstattung, die mehr und mehr veraltet und für den mobilen Einsatz kaum geeignet ist.

Die Geräte sind groß, sperrig, technisch überholt und nicht auf dem neuesten Stand. Schumacher weiter: „Während die Drohrentechnik sich rasant weiterentwickelt, treten wir auf der Stelle. Eine flächendeckende 24/7-Drohnenabwehr in MV ist undenkbar mit dem, was aktuell zur Verfügung steht. Wer eine Drohnenabwehr zum Spartarif haben will, wird am Ende nur eine Spielzeugdrohnenabwehr aus dem Online-Shop erhalten.“ Die GdP MV fordert daher:

- ein landes- und bundesweites Gesamtkonzept,

- ausreichende und verlässliche Haushaltsmittel,
- bundesweite Vernetzung zur Sicherstellung von Standards und Kompatibilität
- und ausgebildetes Fachpersonal, das sich ausschließlich mit Drohnenabwehr beschäftigt.

Hinzu kommen auch rechtliche Fragen, die geklärt werden müssen, z. B.: Wer darf wann eingreifen, was passiert bei Kollateralschäden, und wer haftet, wenn etwas schiefgeht?

Ohne klare politische Priorität, abgestimmte Konzepte und kontinuierliche Investitionen bleibt die Drohnenabwehr in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern Stückwerk.

„Wenn wir unsere Bürgerinnen und Bürger schützen wollen, dann dürfen wir nicht länger improvisieren – wir müssen konzeptionell handeln“, so Christian Schumacher abschließend. ■

## Polizeibeauftragter deckt fehlerhafte Beförderungsprozesse im LPBK auf

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern bedankt sich ausdrücklich bei Polizeibeauftragtem Dr. Christian Frenzel und seinem Team.

Unser gemeinsames Ziel ist es, dienstliches Fehlverhalten und Fehlentwicklungen

in der Landespolizei sachlich und transparent aufzuarbeiten und im Sinne einer konstruktiven Fehlerkultur zu korrigieren.

Die vollständige Pressemeldung des Polizeibeauftragten könnt ihr über den QR-Code einsehen. ■





# Polizei in MV am Limit – Haushalt droht Lage weiter zu verschärfen

**S**chumacher: „Wer Sicherheit will, muss die Polizei endlich verlässlich ausstatten.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern warnt vor einer strukturellen Unterfinanzierung der Landespolizei im geplanten Landeshaushalt 2026/2027. Trotz politischer Bekenntnisse zur Stärkung der Polizei fehle es an realer Verlässlichkeit bei Personal, Technik und Ausstattung.

„Die Polizei braucht keine Sonntagsreden, sondern solide Finanzen. Wenn fast 90 Prozent des Budgets schon für laufende Kosten gebunden sind, bleibt kein Spielraum für die Zukunft“, sagte Christian Schumacher, Landesvorsitzender der GdP MV. „Das ist kein Fortschritt, das ist Stillstand auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen.“

Die Lage in der Kriminalpolizei ist angespannt bis kritisch. Besonders in den Bereichen Cybercrime, Wirtschaftskriminalität und Staatsschutz fehle es an spezialisierten Kräften. Auch die technische Ausstattung hinke hinterher. „In manchen Dienst-

stellen fehlt es an einfachsten Lizenzen oder technischer Grundausstattung, um digitale Beweise auszuwerten – das ist schlicht unglaublich“, so Schumacher weiter.

Auch in der Schutzpolizei sieht es nicht besser aus. Persönliche Schutzausrüstungen, gesunde Einsatzversorgung oder selbst moderne Büroausstattungen – über allem schwebt das Schreckgespenst der Nichtfinanzierbarkeit. Ein besonders anschauliches Beispiel ist das Polizeizentrum Anklam, wo seit Jahren ein funktionierender Sonnenschutz fehlt und Arbeitsräume bei Hitze kaum nutzbar sind. „Wenn selbst ein Sonnenschutz zur Hängepartie wird, zeigt das, wie groß der Investitionsstau tatsächlich ist“, betonte Schumacher.

Mit Blick auf Nachwuchsgewinnung und Fachkräfte fordert die GdP marktgerechte Bezahlung, flexible Einstiegsmodelle und moderne Arbeitsbedingungen. Andernfalls werde die Polizei nicht nur im Wettbewerb um IT-Expertinnen und -Experten weiter verlieren.

„Dieser Haushalt verteilt Geld ohne klare sicherheitspolitische Strategie“, kritisierte Schumacher. „Wir brauchen eine echte Schwerpunktsetzung – in Cyberabwehr, Forensik, Drohnenabwehr und bei der Präsenz im ländlichen Raum. Wer Sicherheit will, muss sie auch finanzieren.“ ■

Unsere Antworten auf die Fragen des Ausschusses für Inneres, Bau und Digitalisierung zum Doppelhaushalt 2026/2027 im Bereich „Personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei“ könnt Ihr bequem über den QR-Code einsehen.



# Gut vorbereitet in den Ruhestand – mit der GdP an der Seite

Foto: GdP MV



**A**m 15. und 16. November 2025 trafen sich 17 Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen im Schloss Bredenfelde zum gemeinsamen Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“. Zielgruppe des Seminars, welches unsere GdP schon seit mehreren Jahren anbietet, sind Kollegin-

nen und Kollegen, die kurz vor dem Eintritt in die Rente oder Pension stehen. Der Vorsitzende der Seniorengruppe, Manfred Seegert, begrüßte die Seminarteilnehmer sowie die Referenten Peter Andres, Helmut Westphal, Detlev Haupt und Bernd Reinhardt sowie die Org.-Leiterin Marina David.

„Pension, was nun“, unter diesem Motto kann man die Seminarinhalte zusammenfassen. Beginnend mit der neuen Einkommenssituation, über Grundsätze der Beihilfe, Fragen zur Absicherung im Ruhestand, Hinweisen zum Gesundheitsmanagement bis zur Übergabe und Erläuterung der Seniorenmappen – die zwei Seminartage vergingen sprichwörtlich wie im Fluge. Für die Teilnehmer ein sehr informatives Seminar, welches wir als GdP auch künftig unseren Mitgliedern anbieten werden. Die GdP ist und bleibt ein starker Partner für unsere Mitarbeiter der Landespolizei MV in allen dienstlichen Fragen und ist dabei der erste Ansprechpartner.

**Der Landesseniorenvorstand**





# Treue, Erfahrung, Vorbild – Helmut Westphal geehrt

Im Rahmen des Seminars „Vorbereitung auf den Ruhestand“ nutzte unser Kreisgruppenvorstandsmitglied Jörn Liebig die Gelegenheit, um ein langjähriges Gewerkschaftsmitglied für seine Treue und Verbundenheit zur Gewerkschaft der Polizei zu ehren. Helmut Westphal war an diesem Seminar als Pensionär und als eines der aktivsten Mitglieder der Seniorengruppe beteiligt und war selbst für die Durchführung mehrerer Tagesordnungspunkte verantwortlich.

Unser Helmut wurde für seine 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit mit einer Jubiläumssurkunde, einer Jubiläumsnadel und einem Gutschein gewürdigt. Helmut hat

sich sowohl in seiner Dienstzeit als auch in der wohlverdienten Pension immer in unserer GdP in verschiedenen Funktionen engagiert.

Seit seiner Pensionierung ist er weiter aktiv geblieben und gilt mittlerweile wegen seiner erworbenen Kenntnisse als

„Beihilfe-Guru“. Wir wünschen dem Jubilar für die Zukunft nur das Beste, vor allem weiterhin Gesundheit, und erhoffen uns wei-



Foto: GdP MV

terhin so ein Engagement in der Seniorengruppe.

**Kreisgruppe der GdP im LPBK und LBPA MV**

# „Viele Versprechen, wenig Fortschritt – GdP MV fordert endlich Taten statt Worte“

Die Gewerkschaft der Polizei Mecklenburg-Vorpommern (GdP MV) zieht eine ernüchternde Bilanz zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung 2021 bis 2026 zwischen SPD und DIE LINKE: „Seit der Verabschiedung hören wir immer wieder, wie wichtig der Landesregierung die innere Sicherheit ist. Die Kolleginnen und Kollegen spüren das jedoch nicht“, kritisiert Christian Schumacher, Landesvorsitzender der GdP MV.

## Fachhochschule und Nachwuchsförderung weiterhin unter Druck

Trotz der angekündigten Weiterentwicklung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege ist die Stelle des Direktors weiterhin unbesetzt. „Digitalisierung, Bauprojekte und fehlende Wohnheimplätze – es gibt überall Handlungsbedarf. So wird das Land nicht zum attraktiven Arbeitgeber“, so Schumacher.

Auch die angekündigten Verbesserungen des Personalvertretungsgesetzes sowie die

Stärkung der demokratischen Teilhabe junger Beschäftigter bleiben aus. Polizeianwärterinnen und -anwärter haben weiterhin keine Möglichkeit, eine Jugend- und Auszubildendenvertretung zu wählen.

## Personaloffensive bleibt Papierform

„Der Pakt für Sicherheit mit seinen rund 6.200 Stellen war ein richtiger Schritt – aber er wird nicht umgesetzt. Selbst 2026 werden diese Stellen nicht besetzt sein“, betont Schumacher. Die fehlende personelle Ausstattung gefährdet die Arbeitsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Polizei.

## Digitale Ausstattung und Organisationskultur hinken hinterher

Auch bei der technischen Ausstattung sieht Schumacher dringenden Handlungsbedarf: „Das neue Vorgangsbearbeitungs-

system ist seit Jahren angekündigt, die gehackten mPol-Handys sind immer noch nicht ersetzt – so sieht keine moderne Polizei aus.“

Die angekündigte Modernisierung der Organisations- und Fehlerkultur bleibt ebenfalls auf dem Papier. „Der Bericht des Bürger- und Polizeibeauftragten zum sogenannten Turbo-Beförderungsverfahren zeigt, dass der Weg zu wirklicher Fairness, Transparenz und Fehlerkultur noch lang ist“, so Schumacher.

## Fazit

„Viele Versprechen, wenig Fortschritt. Wer die Polizei wirklich stärken will, muss endlich liefern: bei Personal, Ausstattung, Ausbildung und echter Mitbestimmung

Nur so wird aus guten Worten echte spürbare Wertschätzung“, schließt Schumacher. ■



# GdP: Frenzel muss der Polizei neues Vertrauen geben

Der Bürgerbeauftragte Frenzel wechselt nach nur gut anderthalb Jahren im Amt als Staatssekretär ins Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Zu seiner Hauptaufgabe gehört die Landespolizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erwartet, dass er die Polizei wieder auf Kurs bringt.

Einige Spitzenbeamte im Innenministerium zeigten sich am Tag nach der Entscheidung für Frenzel erleichtert. Dass der vakante Staatssekretärsposten nach dem Rückzug des zuletzt glücklosen Wolfgang Schmülling (SPD) schnell wieder besetzt wird, sei ein gutes Signal. Ihre Hoffnung: Frenzel kann mit seiner Erfahrung unter anderem als Chef der Staatskanzlei Stabilität und Ruhe ins Ministerium bringen. Die Schlagzeilen der vergangenen Monate um die Turbobeförderung eines Top-Polizisten, den Hackerangriff auf die Dienst-Smartphones der Beamten oder die Dauerdebatte um die Personalausstattung haben viel Porzellan zerschlagen und Unruhe gebracht.

## Frenzel als Pegels Aufpasser?

Dass wieder Ruhe einkehrt, darauf setzt auch der Chef der Gewerkschaft der Polizei

(GdP), Christian Schumacher. Aus der Perspektive der rund 6.000 Polizeibeamten und mit Blick auf die Turbulenzen der vergangenen Monate sagte er im Gespräch mit dem NDR: „Christian Frenzel hat sicherlich auch die Aufgabe, Innenminister Pegel vor weiteren Fehlern zu bewahren. Wir als GdP sind bereit, ihn dabei zu unterstützen.“

In den Augen der Gewerkschaft agiert Frenzel in den verbleibenden elf Monaten bis zur Landtagswahl als nötige Stütze für den zuletzt politisch angeschlagenen Innenminister. Christian Pegel (SPD) hatte in der Affäre um die Turbobeförderung bis zuletzt zu seinem bisherigen Staatssekretär Schmülling gehalten. Die CDU fordert seinen Rücktritt.

## Vertrauensschutz für Polizisten

Es gehe jetzt um Vertrauen und Verlässlichkeit, meinte Schumacher. Er sieht Frenzel dabei vor einer besonderen Herausforderung und spielt auf Vorbehalte innerhalb der Landespolizei an: Denn als Bürgerbeauftragter sei er auch Beauftragter für die Landespolizei gewesen. Viele Kollegen hät-



Bildschirmfoto: NDR MV

ten sich vertrauensvoll an ihn gewandt. Die würde darauf setzen, dass er dieses Vertrauen nicht ausnutzt, um als neuer Innenstaatssekretär gegen die Kollegen zu entscheiden, meinte Schumacher.

Frenzel versucht, die Bedenken auszuräumen. Ihm gehe es um Vertrauen. Dafür stehe er auch als Staatssekretär. Wer ihm als Bürgerbeauftragter folgt, ist noch offen, die SPD-Landtagsfraktion will bald einen Personalschlag präsentieren. Im November soll gewählt werden. Bis dahin übernimmt der bisherige stellvertretende Bürgerbeauftragte Stefan Heidig kommissarisch das Amt.

**Quelle: NDR Mecklenburg-Vorpommern**



Foto: GEW MV

# Glückwunsch, Dr. Christian Frenzel!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern gratuliert Dr. Christian Frenzel zur Berufung als neuen Staatssekretär im Ministerium für Inneres und Bau.

Mit seiner Erfahrung als Bürger- und Polizeibeauftragter bringt er ein gutes Gespür für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen in der Polizei, im Brand- und Katastrophenschutz sowie in den Kommunen mit.

Gerade in Zeiten, in denen Vertrauen und Verlässlichkeit gefragt sind, ist der direkte Dialog auf Augenhöhe wichtiger denn je. Wir freuen uns auf eine konstruktive und faire Zusammenarbeit – im Sinne aller, die Tag für Tag für die Sicherheit in unserem Land sorgen. ■